

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 183 (2017)
Heft: 1-2

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa

Langsame NATO braucht «Militär-Schengen»

Generalleutnant Frederick B. Hodges, kommandierender Offizier der 7. US-Armee (welche seit dem Zweiten Weltkrieg ständig in Europa stationiert ist), bringt es auf den Punkt: «Derzeit können sich Flüchtlinge schneller durch Europa bewegen als ein Militärkonvoi.» Er vergleicht die Situation mit Russland, welches seit Jahren Volltruppenübungen durchführt und in der Lage ist, innert weniger Tage hunderttausende Soldaten und schweres Gerät quer durch seine Militärdistrikte zu verschieben. Die Lage in Europa hingegen ist prekär, so der Dreisternegeneral. Normalerweise dauert es etwa 15 bis 30 Tage, um eine diplomatische Bewilligung zu erhalten, um militärisches Material von einem der 28 EU-Länder ins Nächste zu bringen. Selbst wenn diese Mitglied der NATO sind. Die Bü-



US-Armee an der russischen Grenze in Narva, Estland.

Bild: Eesti Kaitsevägi

rokratie sei sogar dermassen abstrus, dass Hodges – alten Bestimmungen aus dem Kalten Krieg sei dank – eine Spezialbewilligung benötigt, um von seinem Hauptquartier in Wiesbaden in die Hauptstadt Berlin reisen zu können. Um aber den gegenwärtigen Trends im Osten Europas zeitgerecht eine (militärische) Lösung entgegen-

halten zu können, müssen die Europäischen Staaten den freien Personenverkehr auch auf militärisches Personal und Güter ausweiten. Kurz, Hodges fordert ein «Militär-Schengen». Immerhin sind bereits wieder US-Panzer in Europa stationiert, zum ersten Mal, seit kurz vor der Krimkrise 2014 die letzten schweren Mittel abge-

zogen wurden. Nur, sollte Russland beispielsweise die Suwalki-Lücke (benannt nach der polnischen Stadt an der Grenze zu Litauen) nach Kaliningrad schliessen und so das Baltikum von Europa abriegeln, die NATO wäre höchstwahrscheinlich zur falschen Zeit am falschen Ort. Hodges geht zwar nicht davon aus, dass dieses Szenario die wahrscheinlichste gegnerische Möglichkeit darstellt, aber bemerkt, vor dem Ukraine Konflikt sei ja auch niemand davon ausgegangen, dass die Krim innert Wochen «fallen» würde. Es ist nun ebendiese Drohkulisse, welche sich von der Ostsee bis ans Schwarze Meer aufstellt, die der NATO und ihren Verbündeten Anlass bietet, die Truppenpräsenz in Osteuropa zu verstärken. Denn letztendlich gehe es darum, die Abschreckung so zu dosieren, dass der Einstiegspreis in einen Konflikt mit dem Westen für Russland ganz klar zu hoch ist.

Schweden

Drohnen-Spionage und Küstenartillerie im angespannten Umfeld

Die schwedische Militärübung SWENEX wurde im November letzten Jahres Ziel von Spionageaktivitäten. Mittels Kleindrohnen versuchten unbekannte Akteure, gewisse an der Übung beteiligte Einheiten der königlichen Marine (mit ca. 20 Schiffen und U-Booten), Luftwaffe und des Heeres (mit ca. 2000 Soldaten) gezielt aufzuklären. SWENEX hat jährlich wiederkehrend zum Ziel, die Verteidigungsfähigkeit des Landes zu testen. Entsprechend lag der geographische Fokus der Übung hauptsächlich auf der Ostseeinsel Gotland, welche als wahrscheinlichstes Ziel einer möglichen (russischen) Mili-

täraktion betrachtet wird und deshalb aktuell erhöhte Aufmerksamkeit im regionalstrategischen Umfeld erfährt. Aufgrund dieser Umstände wurden schwedische Soldaten noch während der Übung dazu aufgefordert, die unbekannten Drohnen mit scharfer Munition zu bekämpfen. Bemerkenswert ist, dass nur wenige Wochen vor diesen Ereignissen das schwedische Verwaltungsgericht den Einsatz von mit Kameras ausgerüsteten Drohnen, Quadrokoptern und ähnlichen unbemannten Flugzeugen verboten hat. Es ist also in Schweden nicht mehr erlaubt, ausser man ist im Besitz einer schwierig zu erhaltenden polizeilichen Sondergenehmigung, mittels Drohnen Filmaufnahmen zu tätigen. Experten gehen deshalb

davon aus, dass während SWENEX professionell agierende Geheimdienste am Werk waren und meinen damit Russland. Um die allgemeine Bedrohung einzudämmen, steigert das Königreich bis 2023 zudem den Kampf-

wert seiner Kampfpanzer Leopard 2 (STRIDSVAGEN 122) und sämtlichen Varianten seines leichten Kampf- und Schützenpanzers CV 90 (STRIDSFORDON 90) für etwa 300 Mio. Euro. Ebenfalls werden nun die von Saab



Marinefüsiliere bei der Landnahme, Übung SWENEX 2016.

Bild: Försvarsmakten

USA – Europa

Bofors entwickelten RBS-15 bodengestützten Anti-Schiffs-Lenk Waffen wieder ausgemottet, insbesondere, um die Verteidigungsfähigkeit von Gotland zu stärken.

Die Küstenartillerie Schwedens, ein Relikt aus dem Kalten Krieg, wurde im Jahr 2000 ersatzlos abgeschafft. Nun werden auf Befehl des Logistikchefs der schwedischen Armee, Konteradmiral Thomas Engevall, teilweise sogar alte Scania Trägerfahrzeuge und Abschussvorrichtungen aus den Militärmuseen geholt und wieder kriegstauglich gemacht. Deshalb gingen im Parlament in Stockholm auch mehrere Anträge ein, auf den Entscheid, das 40jährige GIRAFFE Luftaufklärungsradar entgegen den getroffenen Beschlüssen nun doch nicht ausser Dienst zu stellen. Kurz, Schweden rüstet auf.

US-Truppen in Deutschland mit Trump ade?

Während seines Wahlkampfes hatte Donald Trump keinen Zweifel daran gelassen, dass er die NATO ablehnt. Mehrfach machte der US-Präsident deutlich, dass die Europäer gefälligst selbst für ihre Verteidigung sorgen sollten. Was nun?

Etwa 30 000 US-Soldaten sind in ganz Europa stationiert. Derzeit läuft das vom scheidenden Präsidenten Barack Obama angestossene Programm zur Unterstützung der europäischen Verbündeten (European Reassurance Initiative) und zur Abschreckung Russlands an. Dafür hatten führende US-Generäle, wie etwa der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber Philip M. Breedlove, intensiv geworben. Nicht nur der Luftwaffenge-

neral warnte angesichts der Ukraine-Krise vor einem «revanchistischen Russland».

Obama trug dieser Einschätzung Rechnung. Der Demokrat wollte den Etat für Übungen von US-Truppen in Europa ab dem Haushaltsjahr 2017, das am 1. Oktober begann, auf 3,4 Milliarden US-Dollar vervierfachen. Offen ist, ob der künftig mehrheitlich republikanische Kongress dem Vorschlag folgen wird. Schon in den zurückliegenden Jahren versuchten die Abgeordneten, allen voran die Republikaner, zweckgebundene Gelder in den allgemeinen Verteidigungshaushalt umzuleiten. Da dieser wegen der von Demokraten und Republikanern beschlossenen Kürzungen seit langem sinkt.

Präsident Trump machte keinen Hehl aus seiner Skepsis ge-

genüber der Zusammenarbeit mit Europa. Andererseits nominierte er den ehemaligen General James Mattis zu seinem Verteidigungsminister. Mattis gilt als Unterstützer der NATO und der «European Reassurance Initiative».

Im Übrigen: Das US-Repräsentantenhaus hat den Verteidigungshaushaltsentwurf für 2017 gebilligt. Laut dem Dokument darf die militärische Zusammenarbeit zwischen Russland und den USA nicht finanziert werden, sofern Moskau die «Okkupation des ukrainischen Territoriums und seine aggressiven Handlungen» gegen die territoriale Integrität und Souveränität des Landes nicht beendet. Das Verbot kann aufgehoben werden, wenn das Pentagon den Kongress überzeugt, dass dies im nationalen Interesse der USA liegen wird.

Norwegen

Verteidigungshaushalt nach oben angepasst

Zusätzliche 215 Mio. Euro für 2017 wurden von der norwegischen Regierung beantragt und vom Parlament, dem Storting bewilligt. Das heisst, heuer stehen den norwegischen Streitkräften 4,2% mehr Budget als im Vorjahr oder absolut etwas über 6 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit wurde ein Prozess lanciert, der in den nächsten 20 Jahren etwa 20 Mia. Euro an zusätzlichen Investitionen für das norwegische Militär bewirkt, so die 40-jährige konservative Verteidigungsministerin Ine Eriksen Søreide. Für sie steht fest, dass mit diesem Geld zuerst bereits beschafftes und eingeführtes Material auch wirklich einsatzfähig gemacht wird. Da hätte Norwegen noch einen langen Weg vor sich, aber immerhin sei der positive Rüstungsbescheid der Minderheitsregie-



Langer Weg, klares Ziel.

Bild: Forsvaret

rung ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, so die Verteidigungsministerin. Das NATO-Mitglied Norwegen, welches sich von den gleichen Gefahren bedroht sieht wie seine Nachbarn Schweden und Finnland, nämlich Russland, gleicht mit der Budgeterhöhung aber auch den Wertverlust der eigenen Währung gegenüber dem Dollar aus. Denn weiterhin bleibt die Beschaffung einer 52 Flugzeuge starken Flotte von F-35 LIGHTNING II die oberste

Priorität, insbesondere weil davon erst für 22 Jets die notwendigen finanziellen Mittel aufgebracht wurden. Aber bereits jetzt will das Verteidigungsministerium zusätzliche zwölf Maschinen beim Parlament beantragen. Die Finanzierung kann nötigenfalls auch mit dem von der Öl- und Gasförderung finanzierten Staatsfond sichergestellt werden, wie dies für das gesamte Budgetdefizit 2017 bereits angekündigt wurde. Die geplante Aufrüstung und Werterhaltung der aktuel-

len Systeme zielt insbesondere auf die Kampftauglichkeit im hohen Norden ab und beinhaltet Upgrades für die Kampfpanzer Leopard und Schützenpanzer CV-90, die SISU-Mannschaftstransporter, aber auch eine Erneuerung der U-Bootflotte, bessere Schiffe, hochseetaugliche NH-90 Helikopter für die Zerstörer der Marine und das neue RIM-162 Evolved Sea Sparrow Missile Block II seegestützte Luftabwehraketensystem. Erst kürzlich bewilligte Norwegen die Stationierung von mehreren hundert Soldaten der US-Streitkräfte, teils zu Trainingszwecken. In diesem Sinne stand auch ein erster (telefonischer) Austausch zwischen der norwegischen Premierministerin Erna Solberg und dem zukünftigen amerikanischen Präsidenten: Norwegen ist laut Trump ein wichtiger Partner in Europa und zentraler NATO-Verbündeter.

China – Osteuropa

Milliardeninvestitionen in Osteuropa

China rückt wirtschaftlich näher an Ost- und Mitteleuropa heran. Bei einem gemeinsamen Gipfel mit Staaten wie Polen und Ungarn verspricht Premier Li Ke-qiang mehr Handel – und einen Milliardenfonds für Investitionen.

Die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt drängt immer stärker Richtung Europa. Während man in westeuropäischen Staaten den Avancen aus China zunehmend skeptisch gegenübersteht, zeigen sich die mittel- und osteuropäischen Länder offenbar aufgeschlossener.

Bei einem Treffen der sogenannten 16+1-Kooperation im November 2016 vereinbarten die Regierungschefs der Region jedenfalls eine stärkere Zusammenarbeit mit China.

Ein Ergebnis des Gipfels ist ein zehn Milliarden Euro schwerer Fonds, den China für Investitionen in Mittel- und Osteuropa auflegen will. Die staatliche Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) teilte mit, der Fonds werde als Plattform für die Zusammenarbeit Chinas mit den mittel- und osteuropäischen Ländern (CEE) dienen. Die Kooperation solle sich auf Investitionen in Infrastruktur, die hochtechnologische Fertigung und die Konsumgüterbranche konzentrieren.

Der von der Tochter ICBC Asia getragene Fonds werde den Erwartungen nach 10 Milliarden Euro erreichen, sagte der Chef der neuen Fondsholding, Jiang Jiang-qing.

Verschiedene mittel- und osteuropäische Länder, Unternehmen und Finanzorganisationen hätten Interesse bekundet, sich am dem Fonds zu beteiligen.

«Mad Dog» und «Warrior Monk» als Verteidigungsminister

Donald Trump macht den 66 Jahre alten Ex-General James Mattis zu seinem Verteidigungsminister. Mattis hat mehr als 40 Jahre lang im Militär gedient, erst vor weniger als vier Jahren ging er in den Ruhestand. Der Kongress muss aber seiner Nominierung noch zustimmen.

Mattis gilt als profilierter strategischer Denker. Im Militär hatte er den Beinamen «Mad Dog»: verrückter Hund. Sein zweiter Spitzname ist «Warrior Monk», Krieger-Mönch, in Anerkennung seiner völligen Hingabe zum Militärdienst.

Der ehemalige Marineinfanterist war Chef des US-Zentralkommandos und ver-

fügte über intensive Kriegserfahrungen: Er war Bataillonskommandant im Ersten Golfkrieg, befehligte die Einsatztruppe Task Force 58 in Afghanistan und von 2002 bis 2004 – im Zuge der Irak-Invasion – die 1. US-Marineinfanteriedivision.

Nach weiteren Führungspositionen, etwa beim US Joint Forces Command und dem Allied Command Transformation der NATO, machte Präsident Barack Obama Mattis im Jahr 2010 zum Oberbefehlshaber des US-Zentralkommandos. Dieses ist für die Militäreinsätze im gesamten Nahen und Mittleren Osten zuständig. Auf diesem Posten koordinierte Mattis auch den US-Truppenabzug aus dem Irak.

Das Amt hatte Mattis bis 2013 inne. Seit seiner Pensionierung



General James Mattis.

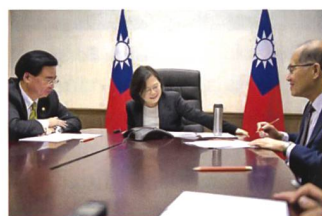
Bild: Department of Defence

sorgte er wiederholt mit Kritik an Obama für Schlagzeilen. Er bemängelte beispielsweise ein zu unentschlossenes Vorgehen gegen die Terrormiliz «Islamischer Staat» (IS). Ausserdem zählt er zu den Kritikern des Atomabkommens mit dem Iran.

USA – China

Provokation

China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz. Dass der künftige US-Präsident Trump mit Taiwans Präsidentin telefonierte, löste erwartungsgemäss heftigen Protest in Peking aus.



Die taiwanesishe Präsidentin Tsai Ing-wen telefoniert mit Donald Trump. Bild: Taipei Times

Die Beschwerde aus Peking kam deshalb auch prompt und in aller Schärfe. Die Volksrepublik hat dann auch die USA dazu aufgefordert, das Ein-China-Prinzip nicht in Frage zu stellen. Das Ein-China-Prinzip ist die po-

litische Basis für die chinesisch-amerikanischen Beziehungen – verlaubliche Peking. Aber nicht nur die USA machen Fehler, sondern der chinesische Aussenminister Wang Yi wertete das Telefonat auch als klaren Verstoss seitens Taipei.

Die Situation ist nämlich so: Seit Ende des Bürgerkrieges in China 1949 ist Taiwan ein Konfliktherd in Asien. Damals flüchteten die Truppen der chinesischen Kuomintang auf die Insel, die heute offiziell «Republik China» heisst und sich als eigenständig funktionierende Demokratie sieht. Die Kommunisten in Peking unterstreichen ihre Drohung mit Rückeroberung bis heute durch hunderte Raketen, die auf Taiwan zielen, wo heute 23 Millionen Menschen leben. Gleichwohl ist China Taiwans grösster Handelspartner. Umgekehrt ist die Insel einer der

grössten Investoren in der Volksrepublik.

Washington brach die diplomatischen Beziehungen mit Taipei 1979 ab. Damals verpflichteten sich die USA, die Verteidigungsfähigkeit Taiwans zu sichern und zu verhindern, dass seine Zukunft anders als mit friedlichen Mitteln bestimmt wird. Heute pflegen beide Seiten stabile, aber inoffizielle Beziehungen – vor allem auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene.

Die Reaktionen der chinesischen Regierung sind als Warnung gedacht und sie machen eins klar: Jeder, der offizielle Beziehungen zu Taiwan pflegt, riskiert den diplomatischen Bruch mit China. Für die Regierung Peking geht es dabei um das wichtigste Prinzip: die Einheit der Volksrepublik. China betrachtet Taiwan als abtrünnige Provinz und nicht als souveränen Staat.

Iran

Maritime Expansion

Die iranische Marine kreuzt gemäss offiziellen Angaben zum ersten Mal im Atlantischen Ozean. Teile der 44. Flotte, bestehend aus BUSHER Versorgungsschiffen und ALVAND Fregatten, passierten am 22. November 2016 von Durban aus das Kap Agulhas an Afrikas Südspitze. Es ginge, gemäss dem Kommandanten der Marine der islamischen Republik Iran, Konteradmiral Habibollah Sayyari darum, die eigenen Interessen weltweit bewahren zu können. Insbesondere die iranische Handelsflotte sowie Öltanker seien primär vor Piraterie zu schützen. Was seit längerem am Horn von Afrika und im Golf von Aden täglich stattfindet, soll neu auch im Atlantik zur Routine werden, so der General. Deshalb dient diese Expedition vor allem dazu, die eigenen (militärischen) Expansionsansprüche untermauern zu können. Denn bereits 2011 durchkreuzten zwei iranische Kriegsschiffe erstmals seit drei

Jahrzehnten den Suezkanal mit dem Ziel Syrien. Im Nachgang an die Atlantikpremiere erklärte denn auch Generalstabschef Mohammed Hossein Bagheri, dass «eines Tages der Iran eigene Marinebasen im Roten Meer vor dem Jemen und dem Mittelmeer in Syrien haben wird». Dieses Statement ergeht gerade in einer Zeit erhöhter militärischer Aktivitäten, Kriegsgefahr und Bürgerkriegen in exakt diesen Gebieten. Und allein durch das nur 27 km breite Bab al-

Mandab werden beinahe 10 Prozent des Welthandels verschifft, Iran hätte also unmittelbaren Zugriff auf die Suez-Route, der schnellsten Verbindung zwischen Europa und Asien. Deshalb ergänzt Bagheri, dass es für die islamische Republik zehnmal wichtiger ist, seine maritime Präsenz auszuweiten als die eigenen Nuklearambitionen weiterzuverfolgen. Allein, fern ab der Heimat vor Ort zu sein, führe zu der gewollten Abschreckung.



Jetzt im Atlantik – Pressekonferenz von Konteradmiral Sayyari.

Bild: PressTV Teheran

Russland

Kaliningrad wird weiter «befestigt»

S-400 Flugabwehr-, ballistische ISKANDER Kurzstrecken- und nun auch BASTION Küstenartillerieraketen vervollständigen das Arsenal der russischen Exklave Kaliningrad. Das K-300P genannte System verfügt über ONIKS Marschflugkörper mit einer Reichweite von bis zu 450 Kilometern. Damit kann Russland die Zufahrt zur Ostsee kontrollieren. Einer Pressemeldung von Ende November 2016 der russischen Baltischen Flotte zufolge, wird derzeit die nötige Infrastruktur vorbereitet, ohne nähere Details über den Ausbaustand zu liefern. Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des russischen Föderationsrates, Senator Viktor Ozerov, meint dazu knapp: «Wir haben dort (in Kaliningrad) zwei Hauptaufgaben. Einerseits gegnerische Luftabwehr auszuschalten und den Schutz vor möglichen Angriffen sicherzustellen.» Ein weiterer Grund sei der NATO-Raketenschirm, der sowohl defensiv als auch offensiv verwendet werden könne, fügt Ozerov an. Insofern sieht Russland die weitere Befestigung Kaliningrads als Notwendigkeit, um den westlichen Truppenverlegungen nach Osteuropa parieren zu können. Ob und welche der verschiedenen russischen Raketensysteme jedoch schon vor Ort sind, ist unklar. Die Antwort aus dem NATO-Hauptquartier folgte aber prompt: es wäre nicht zielgerichtet, mittels Aufrüstung die aktuellen Spannungen abzubauen zu wollen. Viel mehr sollte Russland seine militärischen Aktivitäten transparenter gestalten. Nur so wäre es möglich, Zwischenfälle und Missverständnisse langfristig zu vermeiden.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider

EU – Kuba

Politische Zusammenarbeit

Die Mitgliedsstaaten der EU haben nach einem fast zwei Jahre währenden Diskussionsprozess die Unterzeichnung eines Abkommens über die politische Zusammenarbeit mit Kuba beschlossen. Das Papier muss nun vom EU-Parlament und den 28 nationalen Parlamenten ratifiziert werden.

Die Aushandlung des Kooperationsabkommens bedeutet zugleich, dass der zwischen Brüssel und Havanna umstrittene «Gemeinsame Standpunkt» der EU zu Kuba aus dem Jahr 1996 beerdigt wird. Dieser verknüpfte die Bereitschaft zur politischen und wirt-

schaftlichen Kooperation ausdrücklich mit dem Ziel eines Systemwechsels: Man wolle «einen Prozess des Übergangs in eine pluralistische Demokratie» fördern und die Zusammenarbeit mit Kuba davon abhängig machen, «wie die kubanischen Behörden Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie» vorweisen können.

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützte dies lange Zeit und blockierte damit eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba – auch dann noch, als mehrere Mitgliedsstaaten schon bilaterale Verträge mit Kuba abgeschlossen hatten. In einer Stellungnahme des kubanischen Vizeausenministers Abelardo Moreno heisst es, Kuba nehme

den Beschluss mit Befriedung zur Kenntnis. Besonders erkenne man seine politische Bedeutung an, denn damit werde «definitiv der sogenannte Gemeinsame Standpunkt von 1996 aufgehoben, der seit der Annahme wegen seines interventionistischen, selektiven und diskriminierenden Charakters von unserem Land entschieden zurückgewiesen wurde».

Nach Auskunft der EU wird das Abkommen am kommenden Montagmorgen von der Hohen Vertreterin für Ausen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, EU-Chefdiplomaten und dem kubanischen Aussenminister Bruno Rodriguez Parrilla unterzeichnet.